

Niederschrift der Sitzung des Bau- und Ordnungsausschusses vom 22.01.19

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:55 Uhr

Ort der Sitzung: Astrid-Lindgren-Grundschule, Raum 51/52 (Aula), Schulstr. 1, 16868 Wusterhausen/Dosse

Anwesend: Anwesenheitsliste
Gäste: Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Behandlung der Anfragen der Ausschussmitglieder
6. Beschlussempfehlungen (nicht belegt)
7. Beratung
- 7.1. Vorhaben zur Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen IV/029/2019
- 7.2. Weitere Verfahrensweise zur Planung von Windkraftanlagen im Bereich Kantow
- 7.3. B5 Wusterhausen/D. - Kyritz: Entwurfsplanung Bereich Bahnhof
- 7.4. Antrag FDP/UWG zur Aussetzung der Frist zur Begleichung der zum Jahresende 2018 ergangenen Bescheide für Straßenausbaugebühren
8. Einwohnerfragestunde
9. Informationen
- 9.1. Baumaßnahmen
- 9.2. Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Brandt begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Anwesende Ausschussmitgliedern sind Herr Wacker und Herr Jünemann. Die Empfehlungsfähigkeit wird festgestellt. Frau Geitz und Herr Langer sind die anwesenden sachkundigen Einwohner. Von der Verwaltung sind Herr Schulz, Frau Vogel, Frau Füllgraf und Frau Willmann vertreten.

Zu TOP 2 Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Es werden keine Änderungsanträge gestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt (3 Ja-Stimmen).

Zu TOP 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Es werden keine Einwendungen vorgetragen. Die Niederschrift des Bau- und Ordnungsausschusses vom 13.11.2018 wird mit 2 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Nicht belegt.

Zu TOP 5 Behandlung der Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Wacker kritisiert das Vorgehen des Bauhofes bei den Streumaßnahmen für den Winterdienst in der Ortslage Bantikow. Er empfiehlt, dass der Bauhof ein anderes Streumittel als Salz benutzt, da dieses Schäden im Versickerungspflaster hervorruft. Frau Füllgraf informiert, dass die Streufahrzeuge des Bauhofes nur Salz als Streumittel geladen haben. Eine Alternative sei nicht vorhanden.

Da die Gemeinde die Verkehrssicherungspflicht zu erfüllen hat, kann sie nicht komplett auf das Streuen verzichten und muss daher auf das Salz zurückgreifen.

Zu TOP 6 Beschlussempfehlungen (nicht belegt)

Nicht belegt.

Zu TOP 7 Beratung

**Zu TOP 7.1 Vorhaben zur Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen
Vorlage: IV/029/2019**

Frau Vogel informiert über das Konzept der Trianet GmbH. Dabei handelt es sich um die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen an mehreren Standorten. Von den drei in Frage kommenden Gebieten konzentriert sich der Vorhabenträger vorerst auf das Sondergebiet 1.

Frau Vogel informiert, dass das Gebiet hinsichtlich der Überschwemmungsgefahr überprüft werden muss. Des Weiteren sind die Träger der öffentlichen Belange entsprechend des Leitfadens vorher über eine mögliche Errichtung zu informieren. Da der bestehende Radweg genau durch das geplante Sondergebiet 1 verläuft, muss auch darauf ein Augenmerk gelegt werden. Nach den verschiedenen, einzuholenden Stellungnahmen wiegt die Gemeinde die Vor- und Nachteile entsprechend des Leitfadens ab.

Herr Langer möchte wissen, ob die Breitenfestsetzung des Sondergebietes 1 eingehalten wurde. Frau Vogel erklärt, dass die 110 Meter Abstand von der Bahnstrecke vorerst geplant sind. Herr Wacker möchte wissen warum das Sondergebiet 1 in diesem Bereich ausgewählt wurde. Er fragt, ob die Trianet GmbH den Schwerpunkt auf eventuelle schlechte Bodenkennzahlen in diesem Gebiet oder die Tatsache gelegt hat, dass die größte Anzahl der Fläche in dem Gebiet der PVA Bantikow gehört. Herr Koll von der PVA Bantikow bestätigt, dass die PVA in diesem Bereich die meisten Flächenanteile besitzt.

Herr Wacker vertritt die Auffassung, dass kein fruchtbares Ackerland einem solchen Vorhaben weichen sollte. Frau Vogel wiederholt, dass eine genaue Abwägung aller Faktoren erfolgt, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Frau Geitz weist darauf hin, dass sich der westliche Bereich des Sondergebietes 1 im FFH-Gebiet befindet und somit ein entsprechender Abstand eingehalten werden muss. Frau Vogel erklärt, dass das Sondergebiet 1 genau an der FFH-Gebietsgrenze entlangführt. Bis zum nächsten Bau- und Ordnungsausschuss werden alle entscheidungsrelevanten Schwerpunkte zusammengetragen.

Zu TOP 7.2 Weitere Verfahrensweise zur Planung von Windkraftanlagen im Bereich Kantow

Frau Vogel informiert die Anwesenden über die Vorbereitung der Änderung des Flächennutzungsplanes bezüglich der Ausweisung von Sondergebieten Windenergie und die Erarbeitung des Entwurfs des Bebauungsplanes.

Des Weiteren erklärt Frau Vogel, dass der Regionalplan beschlossen wurde und die Genehmigung erwartet wird. Es ist zu klären, wie mit dem Bereich Kantow und Blankenberg weiter verfahren werden soll, da auch in diesem

Bereich bereits von einem Vorhabenträger Interesse gezeigt wird. Sollte es zur Genehmigung kommen, liegt eine Privilegierung für den Bau von Windkraftanlagen vor. Regeln kann die Gemeinde ausschließlich über konkrete Bauleitplanung.

Frau Vogel schlägt eine Informationsveranstaltung für die Gemeindevertretung vor, was allgemeine Zustimmung findet. Hier können alle Mitglieder noch einmal konkrete Fragen stellen. Nach Beantwortung aller Fragen, wären alle auf dem gleichen Informationsstand, was den Verlauf des weiteren Verfahrens vereinfachen würde.

Zu TOP 7.3 B5 Wusterhausen/D. - Kyritz: Entwurfsplanung Bereich Bahnhof

Da Herr Rosenow vom Landesbetrieb Straßenwesen noch nicht anwesend ist, schlägt Frau Füllgraf vor, den Tagesordnungspunkt 7.3 nach hinten zu verschieben.

Der TOP 7.3 wird nach TOP 8 des öffentlichen Teils beraten.

Herr Rosenow vom Landesbetrieb Straßenwesen wird als Projektverantwortlicher von Frau Füllgraf vorgestellt.

Herr Rosenow erläutert den Anwesenden mit Hilfe einer Präsentation die Entwurfsplanung für den Bahnhof in Wusterhausen/Dosse. Er beginnt mit der Erläuterung des alten Planungsstandes und stellt im Anschluss die aktuelle Entwurfsplanung vor.

Frau Geitz möchte wissen, wie die Planung des Landesbetriebes in Richtung Kyritz aussehen soll. Herr Rosenow erklärt, dass die B5 zwischen Wusterhausen/Dosse und Kyritz um 75 Zentimeter nach Westen verrückt werden soll. Die Fahrbahn wäre dann 8 Meter und 75 Zentimeter breit, wodurch die Bauarbeiten unter einer halbseitigen Sperrung erfolgen könnten.

Die Bäume auf der westlichen Straßenseite müssten dafür weichen. Es soll nach Abschluss der Baumaßnahme aber wieder eine neue Allee gepflanzt werden. Die Neupflanzung stellt eine Auflage der Umweltbehörde dar. Frau Geitz heißt diese Vorgehensweise nicht gut. Herr Rosenow erklärt, dass die Bäume in 5 bis 10 Jahren sowieso abgängig wären und die Neupflanzung dann sowieso erfolgen müsste.

Herr Wacker kommt auf den Bahnhofsbereich in Wusterhausen zurück und möchte wissen, ob die aktuelle Fußgängerampel komplett wegfallen soll. Herr Rosenow erklärt, dass die Ampel in Richtung des Aldi-Marktes verschoben werden soll, da eine Kanalisierung der Fußgänger an diesem Punkt erfolgt.

Herr Hörmann möchte wissen, ob die Skulptur auf dem Bahnhofsgelände im Zuge der möglichen Baumaßnahme entfernt wird. Herr Rosenow informiert, dass die Skulptur nach dem möglichen Grundstückskauf der Gemeinde entfernt werden soll.

Herr Alwin möchte wissen, ob sich etwas an dem Verlauf des Radweges im Bereich der Einmündung der Kyritzer Straße ändert.

Herr Rosenow erklärt, dass der neue Radweg direkt parallel zu der B5 verlaufen soll und somit das jetzige Hinterfahren des Kreuzungsbereichs in der Kyritzer Straße verhindert wird, was für mehr Verkehrssicherheit sorgen soll. Bei der Querung der B5 Richtung des Plänitzer Weges, wo es in der Vergangenheit bereits einen Verkehrstoten gab, soll eine Entschärfung mit Hilfe einer länglichen Verkehrsinsel vorgenommen werden. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h sei dabei allerdings ausgeschlossen, da es sich grundsätzlich um eine Straße außer Orts handelt.

Zu TOP 7.4 Antrag FDP/UWG zur Aussetzung der Frist zur Begleichung der zum Jahresende 2018 ergangenen Bescheide für Straßenausbaubehörden

Der Bürgermeister informiert die Anwesenden über den Antrag der FDP/UWG vom 09.01.2019, der mit der aktuellen Unterschriftensammlung der Volksinitiative im Land Brandenburg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge begründet wurde.

Weiterhin informiert Herr Schulz über eine Mail vom 14.01.2019, in der Herr Herrmann konkret benannt haben wollte, welche Straßenausbaubeiträge in der Zukunft abgerechnet werden sollen.

Herr Schulz erklärt, dass die Beleuchtung der Bahnhofstraße in Barsikow bis Ende 2022, sowie der Gehweg, die Beleuchtung und die Zufahrten der Kyritzer Straße in der Stadt Wusterhausen/Dosse bis Ende 2019 abgerechnet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Hörmann, erklärt der Bürgermeister, dass es sich bei der Abkürzung KAG um das Kommunale Abgabengesetz handelt. Nach §64 KAG ist die Gemeinde zum Erheben der Straßenausbaubeträgen verpflichtet.

Herr Langer betont, dass der Antrag der FDP/UWG lediglich das Ziel verfolgte die Zahlungsfrist in Barsikow auszusetzen. Der Bürgermeister erläutert, dass die Aussetzung der Zahlungsfrist nicht möglich ist, da die Verwaltung an das momentan geltende Gesetz gebunden ist.

Herr Schmidt aus Barsikow möchte wissen, wie sich die Bürger des Gemeindeortsteils Barsikow verhalten sollen. Er ist der Auffassung, dass die Festsetzung der Zahlungsfrist eine Gemeindeangelegenheit ist. Der Bürgermeister erklärt, dass jeder Zahlungspflichtige eine Anhörung, sowie einen Bescheid erhalten hat. Auf dem Bescheid ist in der Rechtsbehelfsbelehrung der Rechtsweg in Form eines Widerspruches aufgezeigt. Herr Schulz erläutert, dass ein eingelegter Widerspruch nicht von der Zahlung während der Zahlungsfrist entbindet. Nach Absprache mit der Verwaltung sind Stundung oder Ratenzahlungen möglich.

Die eingegangenen Widersprüche werden individuell von der zuständigen Sachbearbeiterin geprüft. Die momentane politische Debatte im Land Brandenburg kann dabei nicht als Begründung gewertet werden.

Herr Schimpke möchte wissen, ob der Gemeindeverwaltung Ermessensspielraum vom Gesetz eingeräumt wurde. Herr Schulz verneint dies und verweist auf die Erhaltung der Leistungspflicht der Gemeinde.

Herr Schimpke kritisiert, dass sich die Verwaltung mit dem Versenden der Bescheide vier Jahre Zeit gelassen hat. Die Bescheide seien damit kurz vor der drohenden Verjährungsfrist zugegangen.

Der Zeitpunkt unmittelbar vor Heiligabend sei zudem denkbar ungünstig gewählt.

Herr Schulz spricht von einem internen Problem in der Gemeindeverwaltung.

Weiterhin möchte er die Spannweite der Medien aufzeigen und zeigt den Anwesenden zwei Zeitungsartikeln aus unterschiedlichen Zeitungen, die sich mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge befassen. Er versteht die Verunsicherung der Bürger, bittet aber zeitgleich bei Fragen an die Gemeindeverwaltung heranzutreten.

Herr Langer möchte wissen, was passiert, wenn der Landtag Brandenburg das Gesetz ändert. Der Bürgermeister möchte nicht spekulieren und erklärt, dass momentan nichts Konkretes gesagt werden kann. Es sei unklar, ob abgeschlossene Maßnahmen rückwirkend von der Gesetzesänderung profitieren werden. Die Zahlungspflicht der Bescheidempfänger bleibt bis dahin bestehen.

Herr Wacker betont, dass der Antrag keine Gesetze aushebeln sollte. Er sollte lediglich den Bürgern entgegenkommen und die Zahlungsfrist bis zur Entscheidung des Landtages aussetzen.

Zu TOP 8 Einwohnerfragestunde

Frau Burau fragt, ob die Anliegerzahlungen von der Straßenausbaumaßnahme in Metzelthin aus den Jahren 2010/2011 bei einer Gesetzesänderung eventuell zurückgezahlt werden und inwieweit es wichtig sei, ob es sich um eine Landes-, Kreis- oder Bundesstraße handele.

Frau Füllgraf erklärt, dass es Gesetzlichkeiten gibt, die regeln wann welche Anlieger bestimmter Straßenarten herangezogen werden. Sie wiederholt die Aussage des Bürgermeisters, dass keine Prognosen für den Ausgang der eventuellen Gesetzesänderung angestellt werden können.

Frau Vogel fügt hinzu, dass es bei Gesetzesänderungen bisher in der Regel immer Stichtage gab, die regelten ab wann ein Gesetz in Kraft tritt. Genaueres kann man erst zu gegebener Zeit sagen.

Herr Tille möchte wissen, ob die Straßenausbaubeiträge mit den Altanschließerbeiträgen vergleichbar sind. Der Bürgermeister verneint dies.

Herr Hörmann fragt nach, um welche Summen es sich bei der Beleuchtung der Barsikower Bahnhofstraße und der Kyritzer Straße in Wusterhausen/Dosse handelt. Der Bürgermeister informiert, dass es sich in Barsikow um 16.000 € und in Wusterhausen/Dosse um 57.000 € handelt.

Des Weiteren möchte Herr Hörmann wissen, warum alle Standorte der Photovoltaikanlagen aus TOP 7.1 die gleiche Fläche aufweisen. Frau Vogel erklärt, dass sich der Vorhabenträger vorerst auf das Sondergebiet 1 konzentriert hat und deshalb noch keine genauen Flächenangaben für die anderen Gebiete vorliegen.

Herr Schmidt möchte wissen ob die Windkraftanlagen aus TOP 7.2 über die Wasserstoffspeicherfunktion verfügen werden. Frau Vogel erwidert, dass man darüber zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Auskunft geben kann.

Frau Burau erkundigt sich nach der Löschwasserentnahmestelle im Schwarzen Weg im Ortsteil Metzelthin. Frau Füllgraf informiert, dass diese im Haushaltsplan für 2019 aufgenommen ist.

Herr Schütte möchte wissen, wie es um den Feuerlöschbrunnen im Dessower Schulweg steht. Frau Vogel informiert, dass der Eigentümer bereits angeschrieben wurde, aber bisher noch keine Reaktion gezeigt hat. Frau Vogel erläutert, dass weiterhin darüber nachgedacht wurde, die Pumpen der Alten Brauerei miteinzuplanen.

Außerdem fragt Herr Schütte Frau Füllgraf, ob die Wege in Dessow auch 2019 wieder geschoben werden können. Frau Füllgraf erklärt, dass dies angedacht sei, sobald der Haushalt für 2019 beschlossen wurde.

Herr Schimpke kommt auf den TOP 7.1 zurück und vertritt die Meinung, dass Photovoltaikanlagen nahe der Dosse schlecht für den Tourismus seien. Er schlägt vor, auf die Fläche des alten Kaninchenschlachthofes auszuweichen. Frau Vogel informiert, dass diese Fläche bereits verkauft wurde.

Herr Schimpke möchte wissen, wie es um den Verkauf der Alten Poststraße 5 steht. Frau Füllgraf informiert, dass es bereits mehrere Interessenten für das Gebäude gab, es allerdings noch nicht zum Kauf kam. Es werden regelmäßig Exposés an Interessenten verschickt.

Herr Tille möchte wissen, ob die Pläne zu den Freiflächenphotovoltaikanlagen aus TOP 7.1 einsehbar sind. Frau Vogel bestätigt dies.

Frau Hartwig geht ebenfalls auf TOP 7.1 ein und möchte wissen, wer die bisherigen Eigentümer der Flurstücke sind. Frau Vogel wiederholt, dass der Großteil der PVA Bantikow gehört. Frau Hartwig findet ebenfalls, dass eine Photovoltaikanlage in dem Gebiet schlecht für den Tourismus wäre, da der bestehende Radweg direkt durch das geplante Gebiet verläuft.

Zu TOP 9 Informationen

Zu TOP 9.1 Baumaßnahmen

Frau Vogel bittet die Fraktionen um eine Stellungnahme zum Antrag der Abrundungs- bzw. Ergänzungssatzung in Nackel, welche Bestandteil der vorletzten und letzten Sitzung des Bau- und Ordnungsausschusses war. Bisher sei nur eine Stellungnahme der CDU eingegangen.

Frau Füllgraf informiert über aktuelle Baumaßnahmen:

Beim Rathaus hat der Innenausbau begonnen. Anhand von Fotos zeigt sie den Fortschritt der Bauarbeiten. Die Sanierung von Kita Haus 2 in Wusterhausen/Dosse ist abgeschlossen. Die Verwaltung hat nun noch mit der Nachbereitung der Fördermittelangelegenheit zu tun.

Da die Kosten für den Ausbau der Parkstraße in Nackel höher werden als ursprünglich geplant, ist eine Änderung des Zuwendungsbescheides beantragt.

Die Sanierung der Steganlage des Strandbades Wusterhausen/Dosse steht aus. Der Antrag auf GAK-Förderung ist beim LELF gestellt worden. Laut aktuellen Informationen des Landesamtes wird sich die Gewährung der Fördermittel noch mehrere Monate hinziehen, was zur Folge hat, dass der Steg nicht vor Saisonbeginn 2019 erneuert werden kann. Dies hat zur Folge, dass in diesem Jahr noch einmal Unterhaltungsmaßnahmen an der Steganlage vorgenommen werden müssen.

Zur Sanierung der Schule ist nun die 6. Entwurfsvariante erarbeitet worden, welche mit der Schule abgestimmt ist. Der Antrag auf Förderung gemäß KInvFG (Ertüchtigung Brandschutz und Elektro) wurde gestellt. Bisher gab es dazu noch keine Rückmeldung.

Des Weiteren informiert Frau Füllgraf die Anwesenden darüber, dass nun regelmäßige Straßenkontrollen erfolgen, seit die Gemeinde 2018 einen neuen Mitarbeiter für Tiefbau eingestellt hat.

Eine Auswertung der Kontrollen ergab bisher, dass Wurzelaufbrüche, zerfahrene Banketten, sowie erforderliche Dünnschichtmaßnahmen Schwerpunkt der Straßenunterhaltung darstellen.

Zu TOP 9.2 Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept

Der Bürgermeister spricht von der Notwendigkeit eines integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes, da eine Bevölkerungsprognose einen deutlichen Rückgang der Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2030 auf 5.100 Einwohner vorausgesagt hat.

Im Zuge der Kommunalwahl 2019 macht sich der Bürgermeister Sorgen, dass einige Ortsteile keine Ortsvorsteher mehr finden, die als Glied zwischen Verwaltung und den Ortsteilen eine wichtige Rolle erfüllen. Für das Konzept sei ein Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung erforderlich.

Frau Füllgraf nennt die Städtebauförderrichtlinie als Grundlage für das Konzept, welches die Schwerpunkte vorgibt. Als Zeitraum für das Konzept seien die Jahre 2019-2021 angestrebt. Umfangreiche Analysen und eine intensive Bürgerbeteiligung seien dafür zwingend notwendig.

Herr Schimpke verweist auf die BV 168/2017 (Mittelbereichsentwicklungskonzept), die vom LPG-Planungsbüro konzipiert wurde.

Er versteht nicht, warum das bereits vorhandene Konzept nicht einfach überarbeitet wird. Frau Füllgraf erklärt, dass sich das von ihm genannte Konzept auf die gesamte Kleeblattregion bezieht und dass das integrierte Gemeindeentwicklungskonzept nur für die Gemeinde Wusterhausen/Dosse

gelten soll. Bereits vorhandene Informationen aus dem Konzept für die Kleeblattregion werden selbstverständlich übernommen.

Herr Jünemann betont, dass die Gemeinde Wusterhausen/Dosse aus 22 Ortsteilen besteht und die Stadt Wusterhausen/Dosse nicht alleine im Vordergrund stehen darf. Frau Füllgraf verspricht, dass sich das Konzept auf alle Ortsteile der Gemeinde konzentriert. Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus wird seinen Schwerpunkt zukünftig auf das Gemeindeentwicklungskonzept legen.

Frau Vogel informiert über die Planungen der Nachbarn Neustadt (Dosse) und Kyritz. Die Gemeinde Wusterhausen/Dosse hat weder etwas gegen den Dreetzer Weg in Neustadt (Dosse), noch gegen die Änderung des Bebauungsplanes „Wohngebiet Alt und Jung“ in Kyritz einzuwenden.

Frau Burau stellt die Zwischenfrage, wann der Landesbetrieb Straßenwesen den Bau des Radweges zwischen Bückwitz und Metzelthin zeitlich ansiedelt. Herr Rosenow geht von 2020 aus.

Herr Brandt bedankt sich und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:05 Uhr.

Burkhard Brandt

Vors. Bau- und Ordnungsausschuss

Willmann/Füllgraf/Vogel

Schriftführer/-in